

TOP 1 - Aktuelle Stunde

**"Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich auf NRW-Arbeitsmarkt
aus -Nordrhein-Westfalen braucht ein eigenes
Konjunkturprogramm"**

**Rede des
stellvertretenden Vorsitzenden der
SPD-Landtagsfraktion
Rainer Schmeltzer**

**anlässlich
der Plenarsitzung am 07. Mai 2009**

- Es gilt das gesprochene Wort -

dass die Finanz- und Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt erreicht hat, belegen nicht zuletzt die letzten aktuellen Arbeitslosenzahlen. Bundesweit bleiben die Beschäftigtenzahlen stabil, während sie in Nordrhein-Westfalen abnehmen. Das hat sicherlich auch mit dem Standort NRW zu tun. Weil Nordrhein-Westfalen nach wie vor das Industrieland Nr. 1 ist und die Industrie besonders vom Abschwung betroffen ist.

Ich will aber sehr deutlich machen, dass Politik jetzt gefordert ist. Es reicht nicht, in den vom Kollegen Eiskirch schon erwähnten Sonntagsreden des Ministerpräsidenten, die Manager zu kritisieren - bei allem Wahrheitsgehalt - und darauf aufmerksam zu machen, dass nach dem Abschwung auch ein Aufschwung kommt und wir dann wieder Facharbeiter brauchen. Es müssen vielmehr Taten dem Gesagten folgen. Auf dem Arbeitnehmerempfang in Münster und bei der Mai-Kundgebung hatte Ministerpräsident Rüttgers Gelegenheit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern konkrete Schritte der Landespolitik zur Beschäftigungssicherung. Diese Chance hat er vertan. Er wählte die Form der populistischen Phrasen, die zwar gut ankommen, aber keine inhaltliche Grundlage haben. Es war keine Programmatik der Landesregierung in Richtung der Beschäftigten in unserem Land zu erkennen. Aber die haben ein Recht darauf. Denn sie stehen im Mittelpunkt der Krise. Und deshalb stehen sie auch im Mittelpunkt unseres Handelns. Für uns Sozialdemokraten stehen die Menschen im Mittelpunkt und nicht der Markt, so wie bei FDP und CDU.

Die SPD hat gehandelt. Das Kurzarbeitergeld, das durch Bundesarbeitsminister Olaf Scholz verlängert wurde, hat bisher schlimmeres verhindert.

Und es war gut und richtig, dass eine weitere Verlängerung auf 24 Monate im Konsens durchgeführt wurde. Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen und Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung zeigen, dass schnell gehandelt werden kann. Und zwar mit Weitblick. Denn sicher ist: Es ist besser Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Wenn die Unternehmen und die Beschäftigten die Möglichkeiten ausschöpfen, ist der Standort NRW mit seinen qualifizierten Beschäftigten für bessere Zeiten gerüstet. Dann werden wir gestärkt aus der Krise heraus kommen.

Das gilt auch für die Ausbildungssituation, die wir ja heute Nachmittag noch intensiv diskutieren werden.

Wer heute ausbildet, hilft nicht nur den unversorgten Jugendlichen, sondern bildet seine Fachkraft der Zukunft aus und stellt sich den Anforderungen mit gutem Personal der Zukunft.

Aber auch Auszubildende sind schon jetzt negativ von der Krise betroffen. Insbesondere bei Insolvenzen. Damit wir diese Auszubildenden nicht in die Perspektivlosigkeit verlieren, müssen diese Jugendlichen unter Insolvenzschutz gestellt werden. Nicht nur für drei Monate, sondern für den Rest ihrer Ausbildung. Und da sind die Kammern, aber deutlich auch die Landesregierung aufgefordert einen solchen Insolvenzschutz zu initiieren. Dafür muss die Landesregierung aber handeln, statt reden.

Dass es auch mit klassischen Gegnern in der Arbeitswelt zu pragmatischen Lösungsvorschlägen kommen kann, haben uns die IG Metall NRW und der Verband der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen mit ihren Vorsitzenden Burkhard und Maier-Hunke gezeigt.

Ein zusätzlicher Schutz für Arbeitnehmer bei Entlassungen soll durch einen

Struktursozialplan geregelt werden. Perspektiven und Sicherheit erhalten die, die in Transfergesellschaften wechseln und qualifiziert werden, wenn sie auch eine Rückkehrmöglichkeit in den bisherigen Betrieb erhalten. Da eine solche Rückkehroption nach dem SGB III bisher ausdrücklich ausgeschlossen ist, hätte es der Landesregierung gut zu Gesicht gestanden in diesem politischen Feld auf Bundesebene tätig zu werden.

Stattdessen führen sie in ihrer Koalition der Ernüchterung ständige ordnungspolitische Grundsatzdebatten. Sie sehen offenen Auges der negativen Entwicklung am Arbeitsmarkt zu. Lassen es zu, dass bei steigenden Arbeitslosenzahlen - auch und gerade im SGB II-Bereich - ihre Kollegen im Bundestag die Zukunft der Jobcenter blockieren. Eine Zukunft, die u.a. Ministerpräsident Rüttgers ausgehandelt hat. Eine Zukunft, die auch von den Unionsabgeordneten aus NRW torpediert wurde, die damit ein klares Signal gegen ihren stellvertretenden Unions-Vorsitzenden ausgestoßen haben. Kurzum: Wir erwarten, dass Sie endlich eine Bundesratsinitiative zur Absicherung der JobCenter ergreifen. Es ist geradezu tragisch: Sie nehmen hier in NRW steigende Arbeitslosenzahlen zur Kenntnis und verweigern den Betroffenen Hilfe in den Arbeitslosenzentren. Sie haben den Arbeitslosenzentren den Geldhahn abgedreht.

Machen Sie endlich eine Politik, die den Menschen hilft. Ein eigenes Investitionsprogramm, wie wir es vorgeschlagen haben sichert und schafft Arbeitsplätze.

Folgen sie den positiven Impulsen, die seitens des Bundesarbeitsministers Scholz bereits gesetzt wurden. Zeigen Sie, dass die Menschen in NRW auch auf Hilfen aus NRW zählen können. Handeln sie!